

Endlagersuche: Zurück auf Los

Einigung zwischen Bund und Ländern nach 35-jährigem Streit um Gorleben

von Georg Ismar

Berlin - Peter Altmaier hat sich für den fast historischen Tag eine grüne Krawatte angelegt. Der Bundesumweltminister ist gerade auf die Grünen weit zugegangen, um den Durchbruch für eine neue Atommüllendlager-Suche zu schaffen.



Vor dem Beschluss zur Endlagersuche: Atomkraft-Gegner demonstrieren vor der niedersächsischen Landesvertretung.

Eingerahmt von Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und Niedersachsens Regierungschef Stephan Weil (SPD) verkündet er seinen bisher größten Erfolg. „Mit dem heutigen Tag besteht die Chance, dass wir zu einer Befriedung dieser Debatte beitragen“, sagt er am Dienstag auf dem Podium in der niedersächsischen Landesvertretung.

Ausgehend von einer „weißen Landkarte“ soll es erstmals eine bundesweite Suche nach einem Atommüllendlager geben. Mit dem „guten Geist“ der Gespräche sei er optimistisch, dass die Suche partei- und länderübergreifend im Konsens ablaufe. „Wir werden die Abfälle nicht in das Ausland exportieren“, verspricht der CDU-Politiker. Man werde ein Endlager in Deutschland finden. Kretschmann betont, der bisher im Fokus stehende Salzstock Gorleben werde wie jeder andere Standort behandelt. „Wir holen die Endlagersuche aus den Hinterzimmern heraus“, meint Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin, der 2005 als Umweltminister mit Plänen für eine neue Suche noch gescheitert war.

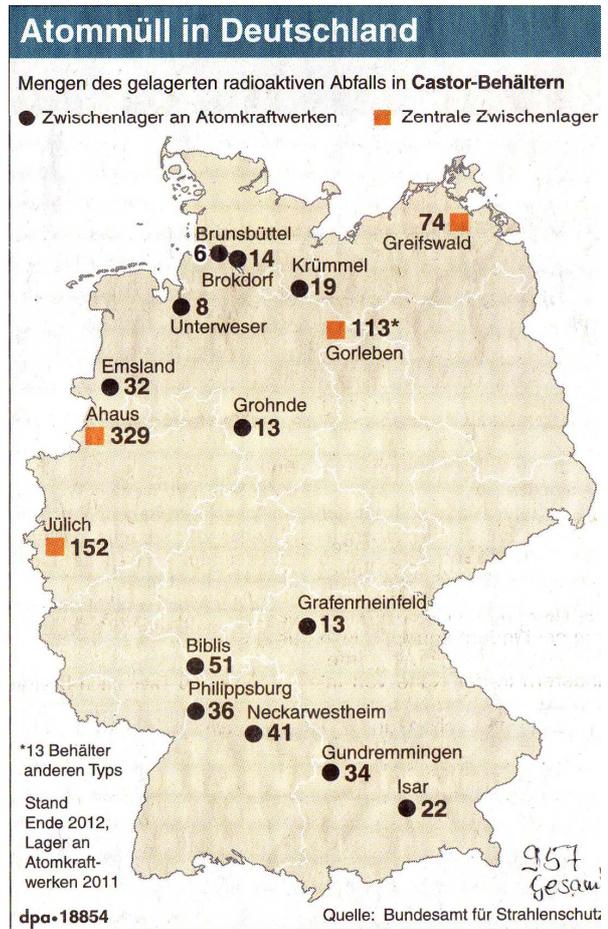
Doch trotz der Zäsur: Letztlich ist noch alles offen, weiterer Streit programmiert. Werden Bundestag und Bundesrat den Empfehlungen der Endlager-Kommission, die zunächst bis 2015 die Grundlagen erarbeiten soll, folgen? Wer sollen die 24 Mitglieder sein? Kommen vier, fünf oder mehr Standorte in die Auswahl? Was passiert vor Ort, wenn die Namen durchsickern? Werden die Atomkonzerne Zusatzkosten von über zwei Milliarden Euro schlucken?

Kaum jemand versteht bis heute, warum Gorleben eigentlich einst ausgewählt worden ist. Niedersachsens Wirtschaftsminister Walther Leisler Kiep später Schlüsselfigur in der CDU-Spendenaffäre schrieb über ein Bund-Länder-Treffen 1976 in sein Tagebuch: „Hier gelingt es mir, Lüchow-Dannenberg als vierte Möglichkeit aufnehmen zu lassen.“ Statt der bis dahin favorisierten Salzstöcke Wahn, Lutterloh und Lichtenhorst wurde wenig später tatsächlich Gorleben im Kreis Lüchow-Dannenberg als Standort für ein mögliches Endlager festgezurr. Der verkorkste Start ist bis heute die größte Hypothek.

DLZ vom 10. April 2013

Altmaier hat die ganzen Empfindlichkeiten und das verspielte Vertrauen kennenlernen müssen. Als Kanzlerin Angela Merkel (CDU) seinen Vorgänger Norbert Röttgen wegen des Wahlfiaskos in Nordrhein-Westfalen im Mai 2012 entließ, stand das Endlagersuchgesetz zu 90 Prozent. Nach dem Konsens über einen Atomausstieg bis 2022 sollte es auch endlich eine überparteiliche Einigung geben, wo der hochradioaktive Atommüll hin soll.

Doch schon SPD und Grüne waren sich parteiintern uneins, was mit Gorleben passieren soll. Im niedersächsischen Landtagswahlkampf wurde klar: Erst im Frühjahr 2013 kann noch eine Einigung gelingen, um das Thema vor der Bundestagswahl abzuräumen. Altmaier rang dem neuen Ministerpräsidenten Weil und dessen grünem Umweltminister Stefan Wenzel die Zusage ab, dass Gorleben beim Neustart der Suche einbezogen werden darf. Aus rechtlichen Gründen sehen Bund und Länder keine Chance für einen politischen Ausschluss Gorlebens — immerhin wurden dort bereits 1,6 Milliarden Euro investiert. Weil und Wenzel setzen da drauf, dass die 24-köpfige Kommission mit Vertretern von Zivilgesellschaft, Bund und Ländern Vorgaben empfiehlt, die auf ein K.o. Gorlebens hinauslaufen. Etwa mit einer Forderung nach einem ausreichend dicken Deckgebirge über dem Lagerstandort - das ist bei Gorleben nicht vorhanden. Erst bis 2031 soll die Suche abgeschlossen sein.



Die lange Suche nach einem Atommüll Endlager

Berlin (dpa) Rückblick auf die lange Suche nach einem Atommüllendlager:

- 1977: Niedersachsen beschließt, in Gorleben an der Grenze zur damaligen DDR ein nukleares Entsorgungszentrum zu gründen.
- 1980: Tiefbohrungen beginnen, zwei Jahre danach die Bauarbeiten für das oberirdische Zwischenlager.
- 1983: Start der Erkundung des Salzstocks unter Tage. SPD und Grüne werfen der Regierung von CDU-Kanzler Helmut Kohl vor, politischen Einfluss bei der Durchsetzung von Gorleben genommen zu haben.
- 1995: Von Protesten begleitet, trifft im oberirdischen Zwischenlager der erste Castor-Behälter mit Atommüll ein.
- 1999: Nach dem Regierungswechsel richtet Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) den Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte ein. Er soll Ideen für ein neues Suchverfahren entwickeln.
- 2000: Im Atomkonsens vereinbart die rot-grüne Bundesregierung mit den Stromversorgern den Ausstieg aus der Kernenergie. Die Erkundung in Gorleben wird bis spätestens 2010 ausgesetzt.

DLZ vom 10. April 2013

- 2005: Trittin legt einen Entwurf für ein Standortauswahlgesetz vor: In einem bundesweiten Verfahren sollen neben Gorleben auch andere Standorte untersucht werden. Die Neuwahl lässt den Plan scheitern.
- 2005 bis 2009: Die Union hält an Gorleben in der großen Koalition fest. SPD-Umweltminister Sigmar Gabriel will eine neue Auswahl.
- 2010: Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) teilt die Aufhebung des Erkundungsstopps mit. Gorleben habe weiter oberste Priorität.
- 30. Juni 2011: Der Bundestag beschließt den Atomausstieg bis 2022. Über Gorleben hinaus sollen andere Endlager Optionen geprüft werden.
- 20. Januar 2013: Rot-Grün gewinnt die Landtagswahl in Niedersachsen, SPD und Grüne wollen ein Aus für Gorleben durchsetzen.
- 24. März 2013: Umweltminister Peter Altmaier gelingt ein vorläufiger Durchbruch. Bis 2015 soll eine Enquetekommission Grundlagen für die Such erarbeiten.